

# III. Planungsbericht über die administrative Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – Rechenschaftsbericht 2008

A. Alle Departemente			
Kundenorientierte Verwaltung			
Massnahme	verantwortlich	Stand	Umsetzung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verankerung des Grundsatzes der administrativen Entlastung der KMU im Gesetz</li> </ul>	alle	in Bearbeitung	Mit der Botschaft B 79 zum Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Investitionshilfe für Berggebiete vom 11. November 2008 haben wir dem Kantonsrat einen Vorschlag für die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes der administrativen Entlastung der KMU unterbreitet.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulungs- und Informationsveranstaltungen für KMU durch die Berufsbranchenorganisationen bei Einführung von neuen Bestimmungen oder Formularen</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Das KMU-Institut der Universität Luzern und der Kantonale Gewerbeverband Luzern (KGL) erbringen bereits heute namhafte Dienstleistungen in diesem Bereich (z.B. Luzerner Wirtschaftstage). Die Kontakte zu diesen Partnern sowie zu weiteren Berufsorganisationen werden fortgeführt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hearings mit Branchenverbänden zur Überprüfung und Weiterentwicklung von Optimierungsmassnahmen</li> </ul>	Wirtschaftsförderung	Dauer-aufgabe	Die Umsetzung dieser Massnahme wird von der Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern wahrgenommen. Die stärkere Kunden-nähe ist eine prioritäre Aufgabe der Stiftung Wirtschaftsförderung.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zentrale Anlaufstelle für KMU</li> </ul>	ravi und Wirtschaftsförderung	Massnahme umgesetzt	Für alle Fragen im Bereich administrativer Aufwand KMU führt der Kanton Luzern eine zentrale Anlaufstelle (Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Regionalentwicklung). Die Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung Luzern ist Ansprechpartner für alle Fragen betreffend Standortentwicklung, Promotion / Marketing, Ansiedlungsbegleitung und Geschäftsentwicklung. Einem transparenten Informationsfluss vom Kanton zur Stiftung und umgekehrt kommt somit eine zentrale Bedeutung zu.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Systematisches "Beschwerdemanagement": Erfassung der Hinweise, Anfragen und Rückmeldungen der Kundinnen und Kunden</li> </ul>	alle	Massnahme umgesetzt	Auf den Internetseiten der Departemente und Dienststellen können unter "Kontakt" per Mail Feedbacks an die jeweilige Stelle geliefert werden. Auf den Internetseiten des BUVD können zudem unter „Ihre Meinung interessiert uns“ Rückmeldungen gegeben werden, die systematisch erfasst und ausgewertet werden.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gezielte Schulungsmassnahmen für Kantonsangestellte und Mitarbeitende der Gemeinden zusammen mit Verbänden</li> </ul>	Dienststelle Personal	Dauer-aufgabe	Im Rahmen des Weiterbildungsprogramms werden verschiedenste Kurse zur Verbesserung der Kundenorientierung angeboten. Diese Seminare stehen den Verwaltungs- wie auch den kommunalen Mitarbeitenden offen und werden rege besucht. Zudem werden Personen mit viel Kundenkontakt aktiv aufgefordert, an diesen Kursen teilzunehmen.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Allgemeiner Standard im Kundenkontakt mit der Verwaltung</li> </ul>	Dienststelle Personal und VLG	Dauer-aufgabe	Kundenorientierung ist ein wichtiges Ziel und eine Daueraufgabe der öffentlichen Verwaltung. Verschiedene Massnahmen, wie Schulung von Mitarbeitenden, wurden bereits durch Kanton und Gemeinden getroffen.
Informations- und Kommunikationstechnologien			
Massnahme	verantwortlich	Stand	Umsetzung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmässige Aktualisierung des bestehenden On-line-Angebots</li> </ul>	alle; Staatskanzlei	Dauer-aufgabe	Die Internetseiten aller Departemente und Dienststellen werden laufend aktualisiert und erweitert. Die Umsetzung dieser Daueraufgabe erfolgt stetig.

<ul style="list-style-type: none"> <li>Projekt Datenpool: Ausbau</li> </ul>	Dienststelle Informatik	in Bearbeitung	Die Datenaustauschprozesse im Bereich der Steuern sind realisiert. Weitere Prozesse sind in Vorbereitung. Im Dezember 2007 erfolgte die Ausschreibung für die Konzeption, Realisation und Einführung der zentralen Steuerlösung. Im November 2008 haben wir dem Kantonsrat die Botschaft B 80 zum Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer zentralen Steuerlösung unterbreitet.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Kantonales KMU-Internetportal zur Erleichterung des direkten Zugriffs auf KMU-relevante Informationen und Dienstleistungen</li> </ul>	BUWD	Massnahme umgesetzt	Das KMU-Internetportal ist aufgeschaltet. Es liefert Hinweise zu allen KMU-relevanten Bereichen und ermöglicht den direkten und schnellen Zugriff auf die gewünschten Informationen und allenfalls benötigte Formulare.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Sensibilisierung der KMU für Online-Dienstleistungen des Kantons und des Bundes</li> </ul>	BUWD	Massnahme umgesetzt	Mit dem KMU-Internetportal ( <a href="http://www.lu.ch/kmu-portal">www.lu.ch/kmu-portal</a> ) erhalten die KMU einen einfachen Überblick über die zur Verfügung stehenden Online-Dienstleistungen des Kantons und des Bundes. Die Unternehmer wurden mit Info-Kampagnen in den Medien und in Verbandspublikationen auf die Möglichkeiten, die ihnen das Internet bietet, aufmerksam gemacht.
<ul style="list-style-type: none"> <li>E-Government-Angebot: Ausbau, insbesondere nach der Einführung der elektronischen Signatur</li> </ul>	Dienststelle Informatik	in Bearbeitung	Wir unterstützen die E-Government-Strategie Schweiz und die dazugehörige Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen. Die E-Government-Aktivitäten aller föderalen Ebenen können damit gemeinsam und abgestimmt vorangetrieben werden. Wir haben zudem ein Projekt zur Einführung eines standardisierten Formular-Servers gestartet. In Zusammenarbeit mit dem Bund haben wir elektronische Zertifikate für Bundesanwendungen eingeführt. Gleichzeitig prüfen wir den Einsatz von Zertifikaten für weitere Anwendungen bis hin zur elektronischen Signatur. Im Rahmen des kantonalen Programmes LUData wird 2009 das Projekt E-Government-Strategie Kanton Luzern initialisiert und begleitet.
<b>Umsetzungsfristen</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Differenzierte Lösungen bezüglich Umsetzungsfristen für neue Vorschriften</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Diese Massnahme wird in laufenden Gesetzesvorlagen umgesetzt.
<b>Verfahrensbeschleunigung</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausdehnung des Konzentrationsmodells, wie es im Bauwesen vorgesehen ist, auf andere Bereiche: Prüfung</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Das Konzentrationsmodell ist zusätzlich im Bereich des Gastgewerbes eingeführt. Weitere Bereiche werden im Rahmen der Gesetzgebungen folgen.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Neue Möglichkeiten der Kompetenndelegation an untere Instanzen: Prüfung</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Im Bereich des BUWD ist die Möglichkeit zur Kompetenzdelegation umfassend eingeführt. Die Umsetzung dieser Massnahme in weiteren Bereichen erfolgt im Rahmen der Gesetzgebungen. Mit Inkrafttreten von zahlreichen Gesetzes- und Verordnungsänderungen am 1. Januar 2008 wurde im kantonalen Recht die Organisationsfreiheit der Gemeinden umgesetzt. Damit können die Gemeinden neu in ihrem kommunalen Recht selber entscheiden, wer gemeindeintern eine konkrete Aufgabe zu erfüllen hat.
<ul style="list-style-type: none"> <li>„Stempelverfahren“: Ausweitung des Verzichts auf die Begründung eines Entscheids</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Die Ausweitung des „Stempelverfahrens“ erfolgt im Rahmen der Gesetzgebungen. Mit dem Inkrafttreten des neuen § 111 Abs. 1c des Verwaltungsrechtspflegegesetzes am 1. Januar 2009 können Verwaltungsbehörden ihre Entscheide neu in klaren Fällen ohne Begründung eröffnen.

Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private in diversen Bereichen</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Gesetzgebungen.

  

Volkswirtschaftliche Verträglichkeitsprüfung			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Volkswirtschaftliche Verträglichkeitsprüfung von neuen Regelungen: Weiterführung und Ausbau</li> </ul>	alle	Dauer-aufgabe	Bei der Überprüfung neuer Regelungen auf ihre volkswirtschaftliche Verträglichkeit handelt es sich um eine Daueraufgabe. Diese Massnahme ist eine der wichtigsten im Hinblick auf die Zielsetzung sowohl des Planungsberichts als auch der Stiftung Wirtschaftsförderung. Im Rahmen der laufenden Gesetzgebungen werden weitere Verträglichkeitsprüfungen folgen. Mit dem Gewerbeverband werden zudem das Vorgehen und weitere Möglichkeiten evaluiert.

B. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD)			
<b>Baurecht</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Einheitliche Strukturierung der Baubewilligungsentscheide der verschiedenen Gemeinden</li> </ul>	rawi	in Bearbeitung	Seit Februar 2004 steht den Gemeinden eine Musterbaubewilligung zur Verfügung. Anfang 2006 wurde mit den Arbeiten für die Vereinheitlichung der für baurechtliche Verfahren notwendigen kantonalen Formulare begonnen. Die Ausarbeitung des Formularpakets wurde in das Projekt „BAGE“ (Workflow Baugesuchsprozess) integriert. Eine produktive Nutzung der digitalisierten Formulare ist auf das 2. Halbjahr 2009 geplant.
<ul style="list-style-type: none"> <li>„Stempelverfahren“ für vereinfachtes Verfahren: Kenntnisnahme des Bauvorhabens und Genehmigung mittels Stempel durch den Vorsteher des Bauamtes</li> </ul>	rawi	in Bearbeitung	Das Planungs- und Baugesetz sieht ein vereinfachtes Baubewilligungsverfahren vor, das jedoch auch mit einem Entscheid abzuschliessen ist. Das „Stempelverfahren“ (Standardentscheid) ist insbesondere für einfache Fälle anwendbar und wird im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des digitalisierten Formularpakets im Rahmen des Projekts „BAGE“ (Workflow Baugesuchsprozess) weiterentwickelt. Eine produktive Nutzung der digitalisierten Formulare ist auf das 2. Halbjahr 2009 geplant.
<b>Beschaffungswesen</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Öffentliche Ausschreibungen online (<a href="http://www.simap.ch">www.simap.ch</a>)</li> </ul>	BUWD	in Bearbeitung	Eine gestaffelte Inbetriebnahme von simap1+ erfolgt im Jahr 2009.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Internetseite auf Kantonebene mit einer Übersicht über die Grundlagen des Beschaffungswesens</li> </ul>	BUWD	Massnahme umgesetzt	Die zentrale Internetseite mit Informationen rund um das Beschaffungswesen ist aufgeschaltet ( <a href="http://www.lu.ch/beschaffungswesen">www.lu.ch/beschaffungswesen</a> ). Sie wird laufend ergänzt und aktualisiert.
<b>Landwirtschaft</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Koordination der staatlichen Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben</li> </ul>	lawa	Massnahme umgesetzt	Die staatlichen Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben sind seit 2008 vollständig koordiniert.

<ul style="list-style-type: none"> <li>Risikobeurteilung der Landwirtschaftsbetriebe und Reduktion der Kontrollen bei geringen Risiken</li> </ul>	lawa	Massnahme umgesetzt	Das System ist erfolgreich eingeführt worden. 2006 wurden durchschnittlich nur noch 1,1 Kontrollen pro Betrieb durchgeführt, im Jahr 2007 wurden die Kontrollen auf weniger als 1 reduziert, 2008 waren es noch 0,7.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Datenerfassung via Internet (www.agrogate.net)</li> </ul>	lawa	Massnahme umgesetzt	Für die Erfassung der Betriebsstrukturdaten, welche als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen dienen, steht den Landwirtschaftsbetrieben ein Web-Tool zur Verfügung. Damit wird die Eingabe für die Betriebe, vor allem in den Folgejahren, wesentlich vereinfacht. Im Jahr 2006 hat bereits die Hälfte aller Betriebe davon Gebrauch gemacht, im Jahr 2008 waren es alle (die Eingaben erfolgten teilweise durch die Landwirtschaftsbeauftragten der Gemeinden).
<b>Wald</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung eigentumsübergreifender regionaler Organisationen (RO) für die wettbewerbsfähige Bewirtschaftung des Luzerner Waldes</li> </ul>	lawa	in Bearbeitung	Ziel der Massnahme war es, mindestens 50% der Waldfläche für die wettbewerbsfähige Bewirtschaftung neu zu organisieren. Die ersten sechs RO wurden im Spätherbst 2006 gegründet; 2007 und 2008 folgten weitere fünf. Die Flächenabdeckung der Projektperimeter beträgt bereits fast 100%. Die vertraglich gesicherte Fläche beträgt 60% und ist damit grösser als das ursprüngliche Ziel.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bereitstellung von Förderbeiträgen für die Beförderung und den Strukturaufbau von RO</li> </ul>	lawa	Massnahme umgesetzt	Die entsprechenden Bundes- und Kantonsbeiträge sind gesichert.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Datenaustausch, Dienstleistungen und Bewilligungen via Internet (www.waldportal.ch)</li> </ul>	lawa	Massnahme umgesetzt	Das Waldportal ist als Internetlösung erfolgreich eingeführt worden. Den RO, Korporationen und Betrieben werden Waldbestandskarten, pflanzensoziologische Karten, Waldentwicklungspläne sowie interaktiv die Nutzungs- und Pflegebewilligungen zur Verfügung gestellt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Promotion der Holzverwendung</li> </ul>	lawa	Massnahme umgesetzt	Im Jahr 2008 wurde zusammen mit den Branchenverbänden das Promotionszentrum ProHolz Lignum gegründet.

<b>C. Bildungs- und Kulturdepartement (BKD)</b>			
<b>Lehrlingsausbildung</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Optimierung verwaltungsin- terner Abläufe bei der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung (DBW) sowie der Formulare</li> </ul>	DBW	in Bearbeitung	Sämtliche verwaltungsin- ternen Abläufe sind an die Erfordernisse des neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes angepasst. Die meisten Formulare sind online verfügbar. Der Lehrvertrag kann elektronisch ausgefüllt werden (www.dbk.ch). Der Internet- Auftritt der DBW wird im Sinne eines Berufs- und Weiterbil- dungsportals ausgestaltet und enthält ab 2010 auch sämtliche Auftritte der Berufsfachschulen. Seit 2007 existiert auf der Ho- mepage ein Lehrstellenbarometer, welches den aktuellen Stand der offenen Lehrstellen wie auch der ausgestellten Lehr- und Anlehrverträge aufzeigt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Anmeldeverfahren bei Berufsfach- schulen und überbetrieblichen Kursen: Vereinfachung</li> </ul>	DBW	in Bearbeitung	Das Anmeldeverfahren wurde vereinfacht. Es ist vorgesehen, künftig den Lehrbetrieben die Anmeldung an die Berufsfachschu- le generell zu ersparen, indem die DBW die Lernenden auf- grund der Angaben im Lehrvertrag anmeldet. Eine solche Lösung setzt eine einheitliche Schulverwaltungssoftware bei den Berufs- fachschulen voraus, was erst 2011 flächendeckend der Fall sein wird. Mutationen bei den überbetrieblichen Kursen werden direkt durch die DBW vorgenommen (z.B. Lehrvertragsauflösun- gen).

<ul style="list-style-type: none"> <li>Besser koordinierte Information der Betriebe durch die verschiedenen Berufsfachschulen des Kantons Luzern</li> </ul>	DBW	Massnahme umgesetzt	Seit dem 1. Januar 2008 sind sämtliche Berufsbildungszentren der DBW unterstellt. Damit kann eine koordinierte Information und Kommunikation gegenüber den Lehrbetrieben sichergestellt werden.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Checklisten „betriebliche Bildung“ für Lehrbetriebe mit Kriterien für eine qualitativ gute Lehrlingsausbildung</li> </ul>	DBW	in Bearbeitung	Die sogenannte Quali-Carte, eine Checkliste mit 28 Qualitätsanforderungen an die Lehrbetriebe, ist vom Bundesamt für Berufsbildung als Qualitätsinstrument gemäss Art. 8 BBG anerkannt worden. Sie wird im Kanton Luzern flächendeckend eingeführt. Die Einführung erfolgt in Absprache mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbänden).
<ul style="list-style-type: none"> <li>Für bestimmte Berufe: Erarbeitung von Modelllehrgängen für Kleinbetriebe, die nicht unter die gängigen Modelllehrgänge der Berufsverbände fallen</li> </ul>	DBW + Berufsverbände	Massnahme wird nicht weiterverfolgt	Alle neuen Bildungsverordnungen des Bundes (bisher: Ausbildungsreglemente) enthalten einen detaillierten Bildungsplan (mit allen Leistungszielen), was die Erarbeitung von Modelllehrgängen erübrigt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Erleichterte Kommunikation mit den Lernorten Berufsfachschule und überbetrieblicher Kurs</li> </ul>	DBW + Berufsverbände	in Bearbeitung	Mit einem Learning-Management-System (elektronisches Tool) haben die Lehrbetriebe raschen und unkomplizierten Zugang zu wichtigen Informationen im Zusammenhang mit der Ausbildung ihres Lehrlings. Die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den übrigen Lernorten wird wesentlich vereinfacht. Das Tool wird den Berufsverbänden zur Einführung empfohlen. Die Umsetzung soll bis Ende 2012 erfolgt sein.

D. Finanzdepartement (FD)			
Steuern			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterer Abbau der Pendenzen in alten Perioden bei der Dienststelle Steuern (DST)</li> </ul>	DST	in Bearbeitung	Die Veranlungsrückstände bei der DST sind abgebaut. Vereinzelt haben Gemeinden noch Veranlungsrückstände (insbesondere regionales Steueramt Luzern). Diese werden jeweils mit gezielten Massnahmen in Absprache mit den entsprechenden Gemeinden angegangen.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Möglichkeit für juristische Personen, den Bezug der Staats- und Gemeindesteuern bei der kantonalen DST anzusiedeln</li> </ul>	DST	in Bearbeitung	Der Bezug für die natürlichen und juristischen Personen wird im Rahmen des Projektes Reform 06 einfacher und kundenfreundlicher gestaltet. Im Dezember 2007 erfolgte die Ausschreibung für die Konzeption, Realisation und Einführung der zentralen Steuerlösung. Im November 2008 haben wir dem Kantonsrat die Botschaft B 80 zum Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer zentralen Steuerlösung unterbreitet.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Periodische Überprüfung des neuen Lohnausweises</li> </ul>	DST	in Bearbeitung	24 Kantone führten den neuen Lohnausweis auf die Steuerperiode 2007 ein. Luzern führte ihn auf die Steuerperiode 2008 ein. Um die KMU zu unterstützen, stellen die Steuerbehörden eine unentgeltliche EDV-Applikation zur Verfügung. Die Umsetzung des neuen Lohnausweises wird von einer schweizerischen Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft und der Steuerbehörden, begleitet.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zentraler Eingang der Steuererklärung für KMU beim Kanton</li> </ul>	DST	Massnahme umgesetzt	Die Steuererklärungen juristischer Personen sind schon immer zentral eingegangen. Bei Selbständigerwerbenden gehen die Steuererklärungen seit 2006 zentral ein (Ausnahme: Selbständigerwerbende der Stadt Luzern bis zur Integration des entsprechenden Veranlungsteams der Stadt in die Abteilung Selbständigerwerbende der kantonalen DST per 2010). Die Massnahme hat sich bewährt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zusammenfassung der drei Fragebogen für Selbständigerwerbende zu einem Formular</li> </ul>	DST	Massnahme umgesetzt	Die Massnahme wurde mit der Steuerperiode 2005 (Kalenderjahr 2006) umgesetzt. Sie hat sich bewährt.

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Möglichkeit zur Erfassung der Jahresrechnung auf dem Fragebogen für Selbständigerwerbende</li> </ul>	DST	Massnahme umgesetzt	Die Massnahme wurde mit der Steuerperiode 2005 (Kalenderjahr 2006) umgesetzt. Sie hat sich bewährt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schnittstelle zwischen Steuersoftware und den gängigen Buchhaltungsprogrammen</li> </ul>	DST	Massnahme wird nicht weiterverfolgt	Eine rein technische Schnittstelle zwischen Steuersoftware und Buchhaltungsprogrammen bringt aus heutiger Sicht keine administrative Entlastung. Die Kunden müssten die bestehenden Kontenpläne zu stark anpassen. Die Massnahme wird nicht weiterverfolgt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchgehendes Kontokorrent beim Steuerbezug zur Verbesserung der Übersichtlichkeit</li> </ul>	DST	Massnahme wird nicht weiterverfolgt	Die Umsetzung ist nur mit einer zentralen EDV-Plattform möglich. Sie wurde bei der Umsetzung der Reform 06 im Rahmen des Teilprojekts Organisation des Projekts LuTax vertieft geprüft, jedoch als nicht durchführbar verworfen (vor allem wegen rechtlicher und technischer Probleme). Die Massnahme wird nicht weiterverfolgt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Online-Steuererklärung</li> </ul>	DST	in Bearbeitung	Die Gratis-CD zum Ausfüllen der Steuererklärung wurde überarbeitet. Das Resultat ist gut und kundenfreundlich. Der nächste grosse Schritt zur administrativen Entlastung ist die Online-Steuererklärung. Diese werden wir den Kunden teilweise vorgefüllt zur Verfügung stellen können. Voraussetzung ist die Realisierung einer zentralen Steuerlösung. Im November 2008 haben wir dem Kantonsrat die Botschaft B 80 zum Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer zentralen Steuerlösung unterbreitet (Projekt LuTax). Zur Realisierung der Internet-Steuererklärung wurde ein parallel zum Projekt LuTax laufendes Projekt gestartet.

<b>E. Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD)</b>			
<b>Arbeitslosenversicherung</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Optimierung des Meldeverfahrens für offene Stellen</li> </ul>	wira; RAV	Massnahme umgesetzt	Das Meldeformular für offene Stellen wurde überarbeitet und kundenfreundlicher gestaltet; seit Anfang 2006 ist es online verfügbar. Zudem können offene Stellen telefonisch gemeldet werden. Die Massnahme ist somit umgesetzt.
<b>Ausgleichskasse Luzern</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lohnabrechnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in elektronischer Form</li> </ul>	Ausgleichskasse Luzern	Massnahme umgesetzt	Diese Massnahme ist seit dem 1. Januar 2005 umgesetzt.

<b>F. Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)</b>			
<b>Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>			
<i>Massnahme</i>	<i>verantwortlich</i>	<i>Stand</i>	<i>Umsetzung</i>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wegfall der Kontingentierung für EU/EFTA-Arbeitskräfte</li> </ul>	Amt für Migration	Massnahme umgesetzt	Die Begrenzung der Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen zur Ausübung einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit für Staatsangehörige von EU-15-/EFTA-Mitgliedstaaten sowie von Zypern und Malta (EU-17/EFTA) ist seit dem 1. Juni 2007 aufgehoben.